

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung nach dem Gesetz über die Presse und die Anzeigenblätter vom 2. März 1923. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Anzeiger Nr. 53.

Verantwortlich: Dr. Kurt Schlegel. Druck: Kurt Schlegel, Auer, Postfach 1000.

Telegramme: Erzgebirge Auer. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach 1000. Auer, Erzgebirge.

Nr. 132

Mittwoch, den 10. Juni 1931

26. Jahrgang

Notverordnung und Parteien

Chequers und die Notverordnung — Änderungswünsche der Sozialdemokraten und der D. V. P. — Einberufung des Reichstags im September?

Berlin, 8. Juni. In Kreisen der Reichsregierung liegen noch keine näheren Mitteilungen über die Besprechung von Chequers vor, die über das hinausgehen, was in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Man wartet zunächst die Rückkehr des Reichskanzlers und des Reichsaussenministers ab. Beide werden voraussichtlich am Donnerstag dem Kabinett über ihre Reise Bericht erstatten, und daran wird sich die Unterredung der Parteiführer anschließen. In politischen Kreisen ist man sich vollkommen darüber klar, daß die Zusammenkunft von Chequers auch für die weitere innenpolitische Entwicklung von außerordentlicher Bedeutung ist. Die Entscheidung der Fraktionen, wobei es namentlich auf die Sozialdemokraten und die Deutsche Volkspartei ankommt, über die Einberufung des Reichstages hängt im wesentlichen davon ab, ob die Reichsregierung in der allernächsten Zeit praktische Schritte zur Revision des Youngplans unternimmt. Sowohl bei der Sozialdemokratie als auch bei der Deutschen Volkspartei hält man die Einberufung des Reichstages für unmöglich, wenn damit nur die Absicht eroffnet wird, daß der Regierung in einem außerordentlich wichtigen Abschnitt unserer Außenpolitik auch noch innere Schwierigkeiten bereitet werden.

Nichtabsehbarer ist die Kritik an der Notverordnung selbst bei beiden Parteien außerordentlich scharf. Wie wir von führender sozialdemokratischer Seite erfahren, bemängelt man hier vor allem die Staffelung der Krisensteuer und den Verzicht der Regierung auf eine Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung. Durch eine solche Erhöhung wären nach sozialdemokratischer Ansicht auch die Arbeitgeber mitbelastet worden, während jetzt einseitig die Arbeitnehmer alles zu tragen hätten. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird am Mittwoch mit den freien Gewerkschaften eine gemeinsame Sitzung abhalten, die als wesentliche Vorbereitung der am Freitag folgenden Fraktionsitzung anzusehen ist. Andererseits wird in politischen Kreisen viel beachtet, daß der Führer der Deutschen Volkspartei in seiner letzten Rede offen den Gedanken eines Direktoriums erörtert hat. Man weist auch darauf hin, daß ein so prominentes, der Deutschen Volkspartei nahestehendes Blatt wie die „Kölnische Zeitung“ einer der Hauptkämpfer gegen die jetzige Form der Notverordnung ist und ihre Abänderung verlangt. Diese Frage der Abänderung bekommt weiter dadurch Bedeutung, daß die sozialdemokratische Führung die Absicht hat, dem Kanzler die Frage vorzulegen, ob er Abänderungen für möglich hält oder nicht. Wird diese Frage bejaht, so wäre es denkbar, daß der Haushaltsausschuß wie im früheren Fall so auch mit dieser Notverordnung beschäftigt und der Reichstag vielleicht schon im September einberufen wird. Ein solches Kompromiß könnte die Parteien unter Umständen veranlassen, auf die sofortige Einberufung des Parlaments zu verzichten. Ob es möglich ist, hängt aber, wie eingangs erwähnt, zum sehr wesentlichen Teil von den Umständen ab, die der Reichskanzler den Parteiführern über seine Absichten auf dem Gebiete der Reparationspolitik geben wird.

Gemeinsame Sitzung des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes mit dem Vorstand des ADGB.

Berlin, 8. Juni. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Vorstand des ADGB werden dem „Vorwärts“ zufolge am Donnerstag in einer gemeinsamen Sitzung insbesondere mit den sozialen Bestimmungen der neuen Notverordnung sich beschäftigen. Am Freitag tritt dann, wie angekündigt, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zusammen. Vorher werden die Führer den Reichskanzler um eine Besprechung ersuchen, um näheres über den Verlauf und das Ergebnis von Chequers zu erfahren und um klarzustellen, ob der Reichskanzler die Notverordnung als unveränderlich betrachtet.

Vor der Sitzung des Kabinettsrates

Berlin, 8. Juni. In dieser Woche wird das parlamentarische Leben wieder etwas lebhafter werden. Morgen nachmittag 3 Uhr tritt die Fraktion der Staatspartei zu einer Sitzung zusammen. Am Mittwoch um 10 Uhr tagt der sozialdemokratische Fraktionsvorstand, ferner wird

am Mittwoch auch der Vorstand und die Fraktion der Wirtschaftspartei zusammentreten. Am Donnerstagnachmittag findet die völksparteiliche Fraktionsitzung statt, während die sozialdemokratische Fraktion am Freitag vormittag um 11 Uhr zusammentreten wird. Die Zentrumsfraktion ist für kommenden Sonntag nach Hildesheim zu einer Sitzung einberufen worden, und die deutschnationale Reichstagsfraktion wird nächsten Montag zusammentreten. Mit besonderer Spannung sieht man selbstverständlich der für kommenden Mittwoch, nachmittag 4.30 Uhr, einberufenen Sitzung des Kabinettsrates entgegen, in der die Entscheidung über die geforderte Reichstagsberufung fallen soll. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Fraktionsitzungen will man in politischen Kreisen wissen, daß sich der Kabinettsrat auf nächste Woche vertagen wird, um den Fraktionen Zeit zu geben, ihre endgültige Haltung zu klären. Ganz allgemein wird angenommen, daß auch diesmal wieder die Forderung einer Reichstagsberufung abgelehnt werden wird.

Der Christlich-Soziale Volksdienst für Einstellung der Reparationszahlungen

Hagen, 9. Juni. Vor den Vertrauensmännern des Evangelischen Volksdienstes sprach heute Reichstagsabgeordneter Kippel, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende des Christlich-Sozialen Volksdienstes, über die politische Lage und insbesondere über die Notverordnung, die, wie

der Redner betonte, die Grenze des Möglichen weit überschreite und deshalb ein vergebliches Opfer des Volkes darstelle. — Der Reichskanzler, der volles Vertrauen verdiene, müsse sich sagen, daß auch er mit dem gegenwärtigen Kabinett die Revision der Tributfrage nicht durchführen könne. Eine personelle Ergänzung des Kabinetts sei notwendig. Daß Dr. Curtius, dessen ehrliches Wollen er nicht bestreite, nicht Revisionsminister sein könne, stehe nach der Isolierung und Niederlage in Genf fest. Die Volksdienst-Fraktion lehne eine überleitete Einberufung des Reichstags ab. Eine möglichst reife und starke Revisionsfront, geführt von einer von Parteibindungen freien Regierung, sei die Forderung der Volksdienst-Fraktion. Die Einstellung der Tributzahlungen sei keine Forderung des politischen Realismus, sondern eine Lebensnotwendigkeit, die auch der Evangelische Volksdienst auf alle Folgen hin fordere und dafür die Verantwortung vor der Geschichte und dem Volke übernehme.

Der Reichskanzler fährt nach Reuders

Berlin, 9. Juni. Die „Vossische Zeitung“ vermutet, daß der Kanzler, bevor er mit den Parteiführern verhandeln wird, zum Reichspräsidenten nach Reuders fährt, um ihn über das Ergebnis der Reise nach Chequers und über die nächsten politischen Aktionen Vortrag zu halten. Der Empfang der Parteiführer wird deshalb vielleicht erst Anfang nächster Woche stattfinden.

Abrückung und Tribute

Französische Stimmen

Paris, 8. Juni. Die Pariser Morgenblätter sprechen ihre Bewunderung aus, daß im Communiqué über die Besprechungen von Chequers keine Rede von der Abrückung sei. Sie vertreten die Ansicht, daß auch diese Frage Gegenstand des Gedankenaustausches gewesen sei.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ sieht das Ergebnis der Besprechungen von Chequers in einem künftigen Antrag Deutschlands auf Revision des Youngplans. Es wäre unklar, so erklärt er weiter, wollte man die Bilanz der englisch-deutschen Aussprache auf dieses scheinbar mittelmäßige Ergebnis beschränken. Der deutschen Propaganda in England sei ein starker Antriebs gegeben worden: Der Reichskanzler habe durch seine ernste Haltung, sein ausgezeichnetes Englisch und seine religiöse Ueberzeugung einen außerordentlich günstigen Eindruck hinterlassen. Man könne nicht glauben, daß in Chequers nur von der Reparationsfrage gesprochen worden sei.

„La Republique“ schreibt zum Aufruf der Reichsregierung, daß es schwierig sei, vorauszusagen, ob der durch das Manifest geschaffene Explosionsstoff auch zur Explosion gelangen werde. Das deutsche Memorandum enthalte allerdings Bernünftiges. Niemand könnte den Umfang und den Ernst der Krise, die Deutschland durchmache, bestreiten. Auch sei richtig, daß sich die deutschen Finanzen in einem verhängnisvollen Zustand befänden. Doch werde die Verletzung von Schulden und Gläubigeransprüchen nicht durch den Willen Frankreichs, sondern durch den der Vereinigten Staaten bestimmt.

Suspendierung der Reparationszahlungen?

London, 9. Juni. Ein Sonderkorrespondent der „Daily Mail“ schreibt, Dr. Brüning und Dr. Curtius hätten keine Vereinbarung mit England über die deutschen Finanzprobleme abgeschlossen, aber es sei deutlich genug gemacht worden, daß ein ernstes neues Wirtschaftsproblem im Entstehen sei. In britischen Kreisen gilt es jetzt nicht mehr als möglich, sondern als wahrscheinlich, daß Deutschland im nächsten Herbst die Reparationszahlungen suspendieren werde. Alle europäischen Nationen seien sich klar über die schwerwiegenden Folgen, die sich daraus ergäben. England würde im Falle einer Suspendierung der Reparationen 80 Millionen Pfund Sterling im Jahre einbüßen: Großbritannien habe seit die Politik verfolgt, von sel-

nen Schuldner nur so viel zu nehmen, wie zur Bezahlung seiner Gläubiger nötig sei, aber wenn die Schuldner Großbritanniens ihre Zahlungen einstellen, sei es die Frage, ob Großbritannien seine Zahlungen an die Vereinigten Staaten fortsetzen solle. Die britischen Minister hofften ehrlich, dies zu vermeiden, aber auf dem Kontinent werde die Möglichkeit einer Einstellung der Schuldzahlungen an die Vereinigten Staaten von den Staatsmännern ernstlich erwogen. Falls die deutschen Zahlungen ausbleiben, der Korrespondent schließt: Mit dieser Möglichkeit wird sich zweifellos der Völkerbundsausschuß zur Untersuchung der europäischen Finanzlage befassen, und es wäre keine große Ueberraschung, wenn Anfang nächsten Herbst, wo der Bericht des Ausschusses vorliegen wird, ein Versuch unternommen wird, in dieser Frage eine übereinstimmende europäische Aktion zu sichern.

Der Englandbesuch der deutschen Minister

Audienz beim König

London, 8. Juni. Der Reichskanzler, der Reichsaussenminister und der deutsche Botschafter begaben sich heute vormittag im Kraftwagen vom Carlton-Hotel nach dem Buckinghampalast, wo die deutschen Minister vom König in Audienz empfangen wurden. Der deutsche Botschafter stellte den Reichskanzler und den Reichsaussenminister dem Könige vor. Daran schloß sich eine längere freundschaftliche Unterhaltung. Um 1.15 Uhr gibt die Anglo-German-Association im Dorchester-Hotel den deutschen Ministern ein Frühstück. Um 4.30 Uhr nachmittags finden in Chatham-House ein Empfang des königlichen Instituts für internationale Angelegenheiten zu Ehren der deutschen Minister statt und heute abend um 8.30 Uhr ein Bankett und anschließender großer Empfang auf der Deutschen Botschaft.

Der Abschluß des Londoner Besuchs der deutschen Minister

London, 8. Juni. Seinen gesellschaftlichen Höhepunkt und Abschluß erreichte der Besuch der deutschen Reichskanzlers und des Reichsaussenministers heute abend mit dem Diner, das der deutsche Botschafter und Frau von Neurath zu ihren Ehren in der deutschen Botschaft im Carlton House Terrace gab und an das sich ein großer Empfang anschloß, der in den Räumen der deutschen Botschaft das gesamte diplomatische Korps Londons, die Spitzen des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, prominente Mitglieder der deutschen Kolonie in London sowie zahlreiche Vertreter der englischen und deutschen Presse versammelte. Der Empfang nahm einen glänzenden Verlauf und gab den deutschen Ministern Gelegen-